

# Sitzungsvorlage



<b>Nr.:</b>	246/2006
<b>ausgefertigt am:</b>	24. November 2006
<b>Fachamt:</b>	Sozialplanungsreferat
<b>zu beteiligende Gremien:</b>	- Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

## Europäischer Sozialfonds in der Förderperiode 2007 - 2013

Die Tatsache, dass die Bewohner im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg weniger als 75 % des durchschnittlichen Einkommens in der alten EU hatten, führte dazu, dass als einzige Region in den alten Bundesländern der Regierungsbezirk Lüneburg nach den Ziel-1-Kriterien in der Förderperiode der Europäischen Union von 2007 – 2013 gefördert wird. Nach neuesten Berechnungen sollen über den Europäischen Sozialfonds insgesamt in den sieben Förderjahren 210 Mio. Euro für die etwa 1.704.000 Einwohner des Bezirks zur Verfügung stehen. Hinsichtlich der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds hat die Landesregierung am 10. Oktober allgemeingültige Beschlüsse über die Verteilungskriterien gefällt.

Im Schwerpunkt 1 (Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen) sollen 58 Mio. Euro während der Förderperiode zur Verfügung stehen, davon 56 Mio. Euro für die Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten und Betriebsinhabern und 2 Mio. Euro dienen der spezifischen Förderung von Frauen im Beruf.

Im Schwerpunkt 2 (Verbesserung des Humankapitals) sollen 40,2 Mio. Euro zum Einsatz kommen. Davon dienen 12,2 Mio. Euro der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsplatzversorgung und 28 Mio. Euro der Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung sowie von schulischen und berufsschulischen Projekten. Die Berufsbildenden Schulen Cuxhaven haben bereits Konzepte erarbeitet, um überbetriebliche Ausbildung für benachteiligte Jugendliche zu gewährleisten. Diese Schüler wurden bisher oft über Jahre in Warteschleifen beschult, ohne einem Ausbildungsplatz näher zu kommen. Zu überprüfen ist, ob über eine direkte Ansprache aller Betriebe (Lehrstellenakquise) und das Angebot einer Unterstützung der Ausbildungstätigkeit (Abnahme von Bürokratie, Coaching und Konfliktmanagement bei den Auszubildenden, Organisation zusätzlicher Fördermaßnahmen) das Angebot zu erweitern ist oder durch die Begleitung von Jugendlichen im Bewerbungsprozess auf deren Begabungen zugeschnittene Betriebe veranlasst werden, weitere Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Damit würde dem Wunsch der Wirtschaft auf Aufrechterhaltung der dualen Ausbildung bei gleichzeitiger Klage über mangelnde Bewerberqualitäten Rechnung getragen. Hierzu stehen noch weitere Gespräche an.

Der Schwerpunkt 3 (Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie sozialer Eingliederung von benachteiligten Personen) soll mit ca. 93,8 Mio. Euro gefördert werden. Davon sind insbesondere jene 40,8 Mio. Euro interessant, die der Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung von Arbeitslosen dienen sollen und jene 47,5 Mio. Euro, die für die Jugendprogramme und die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit bereitgestellt werden sollen. Nach jetzigem Kenntnisstand werden die Fördermittel des Landes im Bereich Jugendsozialarbeit in die weitergeführten PACE-Programme einfließen und in Projekte wie Jugendwerkstätten und Produktionsschulen. Das Angebot an benachteiligte Jugendliche aus dem Landkreis Cuxhaven, die oft schulmüde und mit mehreren Integrationshemmnissen auf dem Arbeitsmarkt die Schule verlassen, soll durch neue Angebote zu produktiver Tätigkeit in Verbindung mit handlungsbezogenem Lernen ausgeweitet werden.

Bei den notwendigen Beteiligungsgesprächen, an denen Vertreter der Wirtschaft, der ARGE und der Agentur für Arbeit, der örtlich ansässigen Bildungsträger, der Erwachsenenbildungsträger, der Berufsbildenden Schulen und der DGB beteiligt waren, verwiesen unterschiedliche Akteure auf die Notwendigkeit, frühkindliche Bildung besonders den benachteiligten und später arbeitslosen Kindern und Jugendlichen früher zukommen zu lassen. Es wurde eine aufbauende Förderung junger Menschen verlangt, die anstelle der Flickschusterei am Ende der jugendlichen Entwicklung treten sollte.

Diesen Gedanken aufgreifend, schlägt die Verwaltung vor, dass insbesondere langzeitarbeitslose Eltern mit Kindern in Beschäftigungsmaßnahmen, Fördermaßnahmen und Bildungsmaßnahmen aufgenommen werden. Parallel dazu sollen alle Möglichkeiten genutzt werden, eine Kinderbetreuung mit starkem Bildungs- und Förderungscharakter zu gewährleisten. Dadurch sollen die Eltern in ihren Fähigkeiten und in ihrer eigenen Wertschätzung gestärkt werden, um ihrer familiären Funktion besser nachkommen zu können. Gleichzeitig sollen sie so weit wie möglich an die realen Arbeitsmärkte herangeführt werden. In den einschlägig betroffenen Gebieten Stadt Cuxhaven, Samtgemeinden Am Dobrock, Hemmoor und Lamstedt liegen gegenwärtig schon Schwerpunkte im Tourismus und in der Betreuung und Versorgung älterer Menschen. So gehört der Landkreis Cuxhaven zu den Landkreisen mit den meisten Arbeitsplätzen im Bereich der Altenpflege. Die Agentur für Wirtschaftsförderung hat die Förderung von Energiewirtschaft, Ernährungswirtschaft, Gesundheitswirtschaft/Gesundheitstourismus und maritimer Wirtschaft zum Schwerpunkt erklärt. Förderprogramme sollten Arbeitnehmer fähig machen, in neu entwickelten Branchen dieser Richtung tätig werden zu können.

Soweit eine Annäherung an den ersten Arbeitsmarkt nicht möglich erscheint, sollen gemeinnützige Tätigkeiten dem EU-Ziel Umweltschutz oder Förderung der Infrastruktur zugute kommen. Hier ließen sich Projekte, die sowohl dem Tourismus als auch dem Naturschutz nahe kämen, konzipieren und materiell aus anderen Fördertöpfen, wie dem EFRE, finanzieren.

Auf Beschluss der Landesregierung sind die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds dem Sozialministerium, dem Wirtschaftsministerium, dem Umweltministerium, dem Kultusministerium und dem Justizministerium zugeordnet, die im Laufe der nächsten Monate Ausschreibungsverfahren entwickeln werden. Die Vergabe der Mittel erfolgt nach Prüfung der zu einem noch unbekannten Zeitpunkt einzureichenden Anträge aus den Landkreisen. Die Vorschriften werden auch enthalten, wer jeweils antragsberechtigt ist. Das Sozialplanungsreferat ist bestrebt, in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Wirtschaftsförderung, den Berufsschulen bzw. dem Schulamt und im Benehmen mit der ARGE und der Agentur für Arbeit und den regionalen Bildungsträgern eine koordinierte Beantragung auf ein gemeinschaftliches Entwicklungsziel hin zu erreichen. Es wird den Ausschuss fortlaufend über die Konkretisierung der Ausschreibungsbedingungen und die Umsetzung der regionalen Ideen berichten.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und billigt die angestrebten Förderziele

In Vertretung

Jahns